

Rentner stehen vor mehreren Nullrunden

Die Rentengarantie könnte erstmals erforderliche Kürzungen verhindern / Kein Spielraum für Erhöhungen

mas. BERLIN, 30. Oktober. Auf die deutschen Rentner kommen mehrere Nullrunden zu. Die Wahrscheinlichkeit wächst, dass die Lohnsumme der Arbeitnehmer in diesem Jahr sinkt, was eigentlich sogar einen Rückgang des Rentenniveaus zur Folge hätte. Durch die Rentengarantie der schwarz-roten Bundesregierung wird dies jedoch verhindert. „Was sicher ist, es gibt keine Rentenkürzung“, sagte ein Sprecher des Bundessozialministeriums am Freitag.

Die neue Regierung rechnet für dieses Jahr mit sinkenden Arbeitnehmerbezüge, da in der Krise die Kurzarbeit stark ausgeweitet wurde und es dadurch zu Lohnneinbußen der Beschäftigten kommt. Wenn die Rentengarantie greift, müssen die Senioren dafür später mit Abstrichen rechnen. Die Rentenerhöhungen werden so lange halbiert, bis die unterbliebene Rentenkürzung ausgeglichen ist. Wegen der demographischen Entwicklung dämpfen derzeit mehrere Elemente die Rentenentwicklung. Das führt bei schwachen Lohnentwicklungen zu Nullrunden oder kaum spürbaren Rentenanpassungen.

Die Bundesregierung bezeichnete es noch nicht als entschieden, ob die Rentengarantie nächstes Jahr greift. „Wir müssen abwarten, und im März 2010 wird man Genaueres wissen“, sagte der Ministeriums-Sprecher. Die Bundesregierung gehe derzeit zwar von leicht sinkenden Löhnen aus. Aber daraus könne noch nicht abgeleitet werden, wie die Renten sich nächstes Jahr entwickelten. „Die Rentengarantie bleibt natürlich bestehen.“ Auch der Beitragssatz werde nicht steigen. Doch die Rentengarantie ließe das Finanzpolster der Rentenversicherung stärker abschmelzen als erwartet. Ökonomen forderten daher die Abschaffung der Rentengarantie.

Der Sozialverband VdK zeigte sich besorgt über die mögliche Rentenentwicklung der nächsten Jahre. „Auch wenn die Rentengarantie der Bundesregierung das Schlimmste verhindert, so drohen den-



Rentengarantie: Löhne sinken, die Rente bleibt gleich – und wer zahlt?

Foto dpa

noch mehrere Nullrunden oder Mini-Rentenerhöhungen in Folge“, warnte seine Präsidentin Ulrike Mascher. „Um die Rentner in Zukunft an dem erwünschten wirtschaftlichen Aufschwung auch wieder teilhaben zu lassen, müssen die Rentenkürzungsfaktoren – wie der Riester-, der Nachhaltigkeits- und der Ausgleichsfaktor – wieder abgeschafft werden“, forderte sie.

2003 wurde der Riester-Faktor in die Rentenformel eingefügt. Er berücksichtigt, dass Beschäftigte, die privat mit der Riester-Rente für ihr Alter sparen, weniger zum Leben zur Verfügung steht. Entsprechend sollen auch die Rentner-Einkünfte hinnehmen. Jede Rentenerhöhung wird daher durch den Riester-Faktor um rund 0,6 Prozentpunkte verringert. Für 2008 und 2009 wurde der Riester-Faktor ausgesetzt. Dadurch ergab sich eine jeweils um 0,65 Prozentpunkte höhere Rentenanpassung. Die beiden ausgesetzten Riester-Stufen sollen 2012 und 2013 nachgeholt werden. Danach ist Schluss mit dem Riester-Faktor. 2004 wurde der Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt. Er berücksichtigt das sich ändernde Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentnern. Künftig ist deshalb durchweg mit einer Dämpfung zu rechnen. Gleichzeitig wurde aber eine Schutzklausel eingefügt. Sie verhindert, dass die Rentner nur wegen der Dämpfungsfaktoren in der Rechenformel Rentenkürzungen erleiden. Das hätte 2005 und 2006 gedroht. Dies wurde durch die Schutzklausel verhindert. Der Nachholfaktor korrigiert dies. Von 2011 an halbiert er so lange positive Rentenanpassungen, bis die ausgefallene Wirkung erreicht ist.

Im Koalitionsvertrag kündigten Union und FDP an, in dieser Legislaturperiode ein einheitliches Rentensystem in Ost und West einführen zu wollen. Sie prüfen eine bessere Berücksichtigung der Erziehungsleistungen in der Alterssicherung. Für Geringverdiener soll die private und betriebliche Altersvorsorge attraktiver werden.

Im Renten-Aufzug

Von Heike Göbel

Der beste Klimaschutz

Von Holger Steltzner

Der neue Bundesarbeitsminister Franz Josef Jung wird sich beruhigt zurücklehnen. Er ist der erste Profiteur der „Rentengarantie“, die sein sozialdemokratischer Vorgänger Olaf Scholz als eine der letzten Amtshandlungen der großen Koalition gegen manchen Widerstand durchgesetzt hat. Weil die Einkommen der Arbeitnehmer wegen Finanzkrise und Rezession in diesem Jahr vermutlich geschrumpft sind, müssten die Renten im kommenden Jahr nach dem alten Rentenrecht eigentlich gekürzt werden. Den Mechanismus, dass sich die Renten grob an der Lohnentwicklung orientieren, hat Scholz jedoch in eine Richtung außer Kraft gesetzt: Der Renten-Aufzug fährt zwar mit den Löhnen nach oben, nicht aber in den Keller. Die Garantie kostete nichts, weil sie vermutlich nie in Anspruch genommen werden müsste, hatte Scholz noch getönt. Nun deuten alle Berechnungen darauf hin, dass sie schon im ersten Jahr gezogen werden muss. Und die Kosten? Schon länger ist keine Rede mehr davon, dass der Rentenbeitragssatz im Jahr 2012 von 19,9 auf 19,2 Prozent sinken sollte. Der Beitragssatz bleibe stabil, lässt der neue Arbeitsminister ausrichten. Vermutlich ist auch das nicht das letzte Wort.

Bald vereint

Von Henrike Roßbach

Es tut sich was in der deutschen Gewerkschaftslandschaft: GDBA und Transnet, zwei der drei Bahngewerkschaften, wollen zu einer neuen Verkehrsgewerkschaft verschmelzen. Es ist die größte Gewerkschaftsfusion seit 2001, als die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi geschmiedet wurde. Mit ihrem Vorhaben erinnern die beiden Bahngewerkschaften an ein altes Paar, das nach Jahren der wilden Ehe doch noch den Weg zum Standesamt antritt. Seit vier Jahren arbeiten sie schon zusammen; wenn sie mit der Bahn über Geld und Arbeitszeit verhandeln, bilden sie eine Tarifgemeinschaft. Da scheint es nur konsequent, aus zweien eins zu machen.

Hinter den Plänen steckt die Hoffnung, zusammen mehr erreichen zu können. Kraft werden die Bahner in der Tat brauchen, denn es kommt einiges auf sie zu. Zum einen steht demnächst wieder eine Tarifrunde an, die aktuellen Verträge laufen noch bis Ende Juli. Angesichts der Wirtschaftskrise, von der die Bahn vor allem im Güterverkehr schwer getroffen ist, dürften die Verhandlungen aus Gewerkschaftsicht wenig Erfreuliches bieten. Zum anderen läuft Ende 2010 der Beschäftigungssicherungspakt mit der Bahn aus. Bislang verhindert er betriebsbedingte Kündigungen. Doch in der schwierigen wirtschaftlichen Situation, in der sich die Bahn befindet, wird sie die Vereinbarung wohl kaum einfach verlängern.

Auch die Konkurrenz mit der aufmüpfigen Lokführergewerkschaft GDL macht den beiden anderen Arbeitnehmervertretungen zu schaffen. Besonders Transnet hat in den vergangenen Jahren Federn lassen müssen: Im vergangenen Jahr verlor sie fünf Prozent ihrer Mitglieder. Keine andere Gewerkschaft im Deutschen Gewerkschaftsbund verzeichnete einen derartigen Mitgliederschwund. Nicht nur der überaus erfolgreiche Streik der Lokführer trieb viele Transnet-Bahner zur Konkurrenz. Auch der umstrittene Wechsel des früheren Gewerkschaftschefs Norbert Hansen auf die Arbeitgeberseite sorgte für Empörung. Eine Stärkung durch die Fusion mit der Gewerkschaft Deutscher Bundesbahner und Anwärter, wie die GDBA mit vollem Namen heißt, käme Transnet also nur recht.

So weit klingt alles nach Liebesheirat. Doch auf den zweiten Blick liegen einige Stolpersteine im Weg. Der dickste Brocken ist die Mitgliedschaft in unterschiedlichen Dachverbänden. Das Zuhause von Transnet ist der Deutsche Gewerkschaftsbund, das der GDBA der Deutsche Beamtenbund und Mitglieder der Gewerkschaften sind die Mitgliedsbeiträge höher. Selbst wenn diese Hürden überwunden sind und eine neue Verkehrsgewerkschaft unter das Dach des Gewerkschaftsbundes schlüpft, wäre noch immer nicht alles eitel Sonnenschein. Denn die Dienstleistungsgewerkschaft Verdi wird mit Argusaugen beobachten, was ihr da für eine Konkurrentin heranwächst. Verdi und Transnet haben schon früher um die Hoheit im Verkehrswesen gestritten. Die neue Verkehrsgewerkschaft könnte durchaus auf die Idee kommen, nicht länger nur im Bahnkonzern Beschäftigte zu organisieren. Auch an Speditionen, am Kommunalverkehr oder der Binnenschifffahrt könnte sie Interesse haben. Das Spannungsfeld aus Kooperation und Konkurrenz im Verkehrswesen wird sicher bestehen bleiben.

Heute



„Kein Freund des Stufentarifs“ Die Umzugskisten sind noch nicht aufgepackt, da schlägt Wolfgang Schäuble erste Pflocke für die Steuerreform ein. Er sei kein Freund des FDP-Stufentarifs, sagt der neue Finanzminister. Interview. Seite 12

Sie können nicht anders

Gerhard Cromme und Heinrich von Pierer sind rationale Menschen. Doch jetzt müssen sie ihre Emotionen in den Griff bekommen. Das will nicht gelingen. Lounge. Seite 13

Quelle kämpft um jeden Cent

In der Insolvenz verschärft sich die Lage des Versenders nochmals. Der Ausverkauf ist in Gefahr. Immerhin hat die Post ihren Lieferstopp aufgehoben, da sie wieder Geld bekommt. Seite 15

Federers Schokoladenseite

Beim Schweizer Schokoladenhersteller Lindt & Sprüngli dreht sich alles um den neuen „Markenbotschafter“, Tennis-Ass Roger Federer. Für viel Geld soll er dem Weltmarktführer weiter voranhelfen. Seite 16

Gewerkschaften fusionieren

Die beiden Bahngewerkschaften Transnet und GDBA wollen zu einer neuen, dann 260 000 Mitglieder großen Verkehrsgewerkschaft verschmelzen. Seite 17

Lauter große Kinder

35 Millionen verkaufte Tonträger und volle Konzerthallen. Wie die Jugendkrimi-Reihe „Die 3 Fragezeichen“ erfolgreichstes Hörspiel der Welt wurde. Seite 18



Blutige Nase im Parlament

Als Boxer schon legendär, als Politiker noch ein Novize. Vitali Klitschko managt seine verschiedenen Karrieren nach den denselben Prinzipien. Beilage Beruf und Chance, Seite C3

Entlassene verdienen noch nach 15 Jahren weniger

Der Verlust des Arbeitsplatzes beeinflusst die Erwerbsbiographie nachhaltig

cbu./svs. FRANKFURT, 30. Oktober. Wer in einer Wirtschaftskrise arbeitslos wird, bekommt die finanziellen Folgen noch Jahrzehnte später zu spüren. Nach 15 Jahren verdienen die Betroffenen von Massenentlassungen in Deutschland noch 10 bis 15 Prozent weniger als Vergleichspersonen, die ihre Stelle behalten haben. Daran ändern auch staatliche Transferleistungen wenig. Denn nach Einkommen, also Gehalt plus Sozialtransfers, betrachtet, müssen die Betroffenen ebenfalls deutliche Abschläge hinnehmen. Höhe und Ausgestaltung der Arbeitslosenunterstützung spielen dabei kaum eine Rolle. Diese Ergebnisse gehen aus Langzeitstudien zu Deutschland und den Vereinigten Staaten hervor, die dieser Zeitung vorliegen. Eine solch umfassende Arbeitsbetrachtung legen erstmals Wissenschaftler der Columbia-Universität, des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in Bonn und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) in Nürnberg vor.

Als Ausgangspunkt haben die Wissenschaftler die weltumspannende Rezensi-on zu Beginn der achtziger Jahre gewählt. Betrachtet wurden Arbeitnehmer zwischen 25 und 53 Jahren, die schon fünf Jahre in festen Arbeitsverhältnissen bei größeren Unternehmen gestanden hatten. Damit sollte gesichert werden, dass die Folgen der Entlassungen nicht durch

andere Effekte überlagert werden. Die deutlichen Einkommenseinbußen zeigten sich über alle Branchen hinweg und betrafen Männer wie Frauen gleichermaßen, betonte Till von Wachter, Wirtschaftspräsident an der New Yorker Columbia-Universität. Deshalb seien die Ergebnisse der Studie auch auf die aktuelle Wirtschaftskrise übertragbar. Die harten Einschnitte könnten hierzulande viele Menschen treffen: Trotz Kurzarbeit wird die durchschnittliche Arbeitslosenquote

Zurück auf Los. Beruf und Chance, Seite 1

nach Prognosen der Bundesagentur für Arbeit in diesem Jahr um rund 300 000 auf 3,5 Millionen steigen und im Jahr 2010 sogar auf 4,1 Millionen.

Wie aus der Studie hervorgeht, sinkt der Verdienst in der ersten Neuanstellung der Entlassenen bis 30 Prozent gegenüber der Vergleichsgruppe der weiterbeschäftigten früheren Kollegen. Danach erholt sich das Lohnniveau zwar relativ schnell, verlangsamt sich aber nach fünf Jahren wieder. Nach ungefähr zehn Jahren beträgt der Einkommensverlust immer noch rund 12 Prozent und verringert sich danach nur noch schleichend. Damit sind in Deutschland die langandauernden Ef-

fekte der Arbeitslosigkeit ähnlich schwerwiegend wie in den Vereinigten Staaten. Dort haben die gekündigten Arbeitnehmer noch zwei Jahrzehnte nach der Massenentlassung ein um 15 bis 20 Prozent geringeres Gehalt.

Die Ökonomen führen verschiedene Gründe für die starken Einbußen auf: So sei es möglich, dass eine besondere Spezialisierung nach dem Arbeitsplatzwechsel nicht mehr benötigt wird und die Löhne deshalb geringer ausfallen. Zudem haben sich Arbeitnehmer meist im Laufe eines Berufslebens über eine längere Zeit hinweg die für sie lukrativste Stelle in einem stabilen Umfeld erarbeitet – und können dies in einem neuen Unternehmen nicht noch einmal wiederholen.

Die im Vergleich zu Amerika großzügigere soziale Absicherung der Arbeitnehmer federten in Deutschland die Einkommenseinbußen nur geringfügig ab. „Bei der Größenordnung an Einkommensverlusten kann der Staat wenig tun, wenn Arbeitnehmer erst einmal ihren Arbeitsplatz verloren haben“, warnt Wachter. Wichtiger seien stattdessen Maßnahmen, die den Verlust überhaupt verhindern. So deuteten die Ergebnisse der Studie darauf hin, dass etwa das staatlich subventionierte Kurzarbeitergeld wirksamer sei. Wachter weist allerdings auf das Risiko hin, dass unrentable Arbeitsplätze erhalten blieben, die dann später gestrichen würden.

Japans Zentralbank leitet den Ausstieg ein

Erste Sondermaßnahmen enden bald / Dissens mit Regierung über Wachstumsausblick

pwe. TOKIO, 30. Oktober. Die japanische Zentralbank hat den Ausstieg aus den Sondermaßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte eingeleitet, zugleich aber signalisiert, die Finanzmärkte weiter in „extrem unterstützender Weise“ mit Liquidität zu versorgen. Die Bank von Japan ließ den Leitzins am Freitag bei 0,1 Prozent und versprach, den niedrigen Zinssatz für einige Zeit beizubehalten.

Die Entscheidung der Zentralbank spiegelt eine sich verbessernde Situation in Teilen der Finanzmärkte in Japan wider. Unternehmen und Finanzhäuser können sich am Anleihemarkt zunehmend ohne Schwierigkeiten wieder mit Kapital versorgen. Für erstklassige Unternehmen lag der Zins neu aufgelegter kurzfristiger Anleihen zuletzt sogar teils niedriger als für vergleichbare Staatspapiere; dies interpretiert die Notenbank als Verzerrung durch ihre Unterstützung. Vor diesem Hintergrund beschloss der geldpolitische Rat mit einer Gegenstimme, den direkten Ankauf von Unternehmensanleihen und kurzfristigen Geldmarktpapieren über das Jahresende hinaus nicht zu verlängern. Die Maßnahme war wenig und zuletzt gar nicht mehr von den Geschäftsbanken genutzt worden.

Zugleich verlängerte die Zentralbank die Laufzeit einer Sonderfazilität zur Stützung der Unternehmensfinanzierung ein letztes Mal von Ende Dezember auf Ende März. Die Liquiditätszufuhr im Rahmen dieser rege genutzten Fazilität soll vom April 2010 an in den regulären Geldleihgeschäften aufgehen. Mit der letzten Verlängerung will die Bank eventuellen Schwierigkeiten am Ende des Geschäftsjahres entgegenwirken. In Japan wird aber auch spekuliert, dass die Zentralbank der Regierung entgegengekommen sei. Manche Politiker hatten sich Anfang Oktober öffentlich gegen ein Ende dieser Sonderfazilität ausgesprochen.

Finanzminister Hirohisa Fujii hält derzeit die Wachstumsprognose der Zentralbank für zu optimistisch. „Es ist schwer vorstellbar, dass die Wirtschaftslage Japans sich weiterhin verbessert“, sagte am Freitag auch Ministerpräsident Yukio Hatoyama. Diese Zweifel dürften mit dem jüngsten Wirtschaftsausblick der Zentralbank noch zunehmen. Nach der gemittelten Meinung der Mitglieder des geldpolitischen Rates soll die Wirtschaft in diesem Haushaltsjahr um 3,2 Prozent schrumpfen und in den kommenden beiden Jahren um 1,2 und 2,1 Prozent wach-

sen. Die Bank sieht dabei Wachstumsrisiken überwiegen.

Japans Wirtschaft erholt sich zögerlich, getrieben vor allem von der Nachfrage aus Asien. Die Industrieproduktion stieg im September den siebten Monat nacheinander. Zugleich sank die Arbeitslosenquote trotz der angespannten Lage am Arbeitsmarkt überraschend von 5,5 auf 5,3 Prozent. Dennoch weitet der Deflationsdruck sich aus. Das allgemeine Preisniveau sinkt weiter. Im September lag die Inflationsrate – ohne die Preise für frische Lebensmittel – bei minus 2,3 Prozent. Der überwiegende Teil des Preisverfalls gründet in den im Vergleich zum Vorjahr niedrigeren Öl- und Energiepreisen. Die Bank von Japan erwartet, dass die Deflation bis in das Haushaltsjahr 2011/12 andauern, aber deutlich geringer werden wird. Aktuell gebe es keine Gefahr einer Deflationsspirale, die die Wirtschaft in einen Abwärtsstrudel risse. Die mittelfristigen Inflationserwartungen seien stabil bei etwa 1 Prozent und die Wachstumsperspektiven aufwärts gerichtet, heißt es. Gleichwohl beobachtet die Bank, dass die Preisaufschläge im Handel im verschärften Wettbewerbsdruck zurückgehen. (Kommentar, Seite 18.)

FIRMENINDEX	Seite	Clariant	14	Fraport	16	Macquarie Group	14	Samsung	16
ABN Amro	15	Deutsche Bahn	17	Hitachi	15	Panasonic	15	Siemens	13
Alcatel	16	Deutsche Bank	15, 16	Japan Airlines	16	Post	18	SNCF	17
Airbus	16	Deutsche Post	14, 15	La Caixa	17	Quelle	15, 18	Sony	15, 18
Audi	15	Eon	16	Lindt & Sprüngli	16	Sal. Oppenheim	15	Skoda	15
British Petroleum	16	Erste Bank	17	Locomove Rail	17	Sanofiaventis	14	Volkswagen	15